

Motion Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB): Beitritt der Stadt Bern zum Solidaritätskomitee „Mühleberg Ver-fahren“; Begründungsbericht

Am 17. November 2011 hat der Stadtrat folgende Motion Fraktion GB/JA! im Sinne einer Richtlinie erheblich erklärt:

Der Stadtrat hat in der Stadtratssitzung vom 9. Dezember 2010 das Postulat Imboden: „Was tut die Stadt Bern, um die Bevölkerung vor dem altersschwachen Schrottreaktor Mühleberg zu schützen?“ erheblich erklärt. In seiner Antwort zu Punkt 2 hat der Gemeinderat erklärt, die Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit dem AKW Mühleberg auf politischem und nicht juristischem Weg klären zu wollen. Er hat deshalb den Beitritt zum Komitee „Mühleberg Ver-fahren“, welches das Beschwerdeverfahren gegen die Aufhebung der Befristung des AKW Mühleberg führt, abgelehnt. Der Stadtrat akzeptierte diese Haltung, indem es die Antwort des Gemeinderats in diesem Punkt als Prüfungsbericht annahm.

Heute haben wir eine grundlegend neue Situation und sind mit neuen traurigen Erfahrungen konfrontiert: In Japan ist eine Naturkatastrophe passiert, welche eine Atomkatastrophe ausgelöst hat, die so nie für möglich gehalten wurde.

In Anbetracht dieser Ereignisse ist es unhaltbar, dass das AKW Mühleberg – welches ein Reaktor der gleichen Bauweise wie die Reaktoren des AKW Fukushima (Siedewasserreaktor) ist –, über eine unbefristete Betriebsbewilligung verfügt. Die unabhängige Überprüfung dieses UVEK-Entscheids durch das Bundesverwaltungsgericht ist deshalb dringender denn je. Um die Beschwerdeführenden in diesem Verfahren zu unterstützen, muss die Stadt Bern dem Komitee „Mühleberg Ver-fahren“ beitreten. Damit kann die Stadt einen wichtigen Beitrag leisten, um die Stilllegung des AKW Mühleberg voranzutreiben.

Die Beschwerde des Komitees geht genau auf die Sicherheitsmängel ein, welche in Japan zum schlimmsten Unfall seit Tschernobyl geführt haben:

„Die vorliegenden Stellungnahmen des ENSI und der BKW reichen nicht aus, den aktuellen Zustand des Atomkraftwerks zu beurteilen. Es werden Sachverhalte erwähnt, welche nicht überprüfbar sind. Dies trifft insbesondere für die Notkühlung, den Schutz gegen Erdbeben und die Alterungsüberwachung zu. Es ist unakzeptabel, dass die BKW gegenüber der NOK, der Betreibergesellschaft des AKW Beznau II, bevorzugt behandelt wird, welche im analogen Verfahren 2004 sämtliche Unterlagen öffentlich auflegen musste.“ (Komitee Mühleberg Ver-fahren)

Die Stadt Bern hat sich in den letzten Monaten zweimal gegen die Atomkraft ausgesprochen. Der Ausstieg aus der Atomenergie bis 2039 wurde mit dem Gegenvorschlag zur Initiative EnergieWendeBern mit 61% angenommen. Mit dem Abstimmungsresultat der Konsultativabstimmung zum neuen AKW Mühleberg II zeigte die Stadt Bern mit 65%, dass sie kein neues AKW in ihrer Umgebung will.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Solidaritätskomitee „Mühleberg Ver-fahren“ sofort beizutreten.

Begründung der Dringlichkeit: Das Beschwerdeverfahren gegen das AKW Mühleberg ist im Moment vor dem Bundesverwaltungsgericht hängig, mit einem Entscheid ist in den nächsten Monaten

zu rechnen. Gestützt auf die Erfahrungen aus der Atomkatastrophe von Fukushima werden die Beschwerdeführenden neue Beweisanträge stellen und begründen müssen. Die Unterstützung durch die Stadt Bern wird der Beschwerde erheblich an Gewicht verleihen, wenn sie nun rasch erfolgt.

Bern, 17. März 2011

Motion Fraktion GB/JA! (Aline Trede, GB), Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden, Rahel Ruch, Lea Bill, Jeannette Glauser, Hasim Sancar, Stéphanie Penher

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat wird im vorliegenden Vorstoss aufgefordert, dem Solidaritätskomitee „Mühleberg Verfahren“ beizutreten. Der Zweck des Solidaritätskomitees „Mühleberg Verfahren“ ist die Unterstützung der Beschwerdeführenden der Zonen 1 und 2 um das AKW Mühleberg gegen den Entscheid des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) vom 17. Dezember 2009 zur unbefristeten Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg. Die Beschwerdeführenden haben am 1. Februar 2010 beim Bundesverwaltungsgericht eine Beschwerde gegen die unbefristete Betriebsbewilligung eingereicht. Das Bundesverwaltungsgericht hat diese Beschwerde am 1. März 2012 gutgeheissen. Die BKW hat daraufhin beim Bundesgericht am 20. April 2012 Rekurs gegen diesen Entscheid eingelegt. Das Bundesgericht hat den Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts am 28. März 2013 umgestossen. Das AKW Mühleberg, welches bereits seit 42 Jahren in Betrieb ist, hat damit eine unbefristete Betriebsbewilligung erhalten.

Der Gemeinderat hat am 14. März 2012 beschlossen, dem Verein „Mühleberg Verfahren“ beizutreten um auch die juristischen Bestrebungen in dieser Hinsicht zu unterstützen. Der Beitritt erfolgte aus ideellen Gründen; der Gemeinderat unterstützt die Zielsetzungen des Komitees gegen den unbefristeten Betrieb des AKW Mühleberg. Sie entsprechen der Strategie der Stadt Bern, wonach der Atomausstieg rasch verwirklicht werden soll. Die Stadt Bern ist mit dem Beitritt zum Komitee keinerlei finanzielle Verpflichtungen eingegangen.

In einer Medienmitteilung vom 28. März 2013 hat der Stadtpräsident den Entscheid des Bundesgerichts kritisiert und an die BKW appelliert, das AKW Mühleberg trotz dieses Entscheids so rasch wie möglich vom Netz zu nehmen, da für ihn die Sicherheitsbedenken nicht ausgeräumt seien.

Die Forderung der vorliegenden Motion bezüglich des Beitritts zum Solidaritätskomitee „Mühleberg Verfahren“ ist erfüllt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Bern, 13. November 2013

Der Gemeinderat